

II-4051 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2082/J

1988 -05- 0 3

A N F R A G E

der Abgeordneten Freda BLAU-MEISSNER und Genossen

an den Bundesminister Auswärtige Angelegenheiten

betreffend die außenpolitischen Auswirkungen der  
Aufrechterhaltung der Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring durch  
die Gemeinde Mauterndorf und der Ehrenbürgerschaft für Adolf  
Hitler durch die Gemeinde Leibnitz

1.

Mitte April erschienen in mehreren Zeitungen Berichte, denen  
zufolge in der Gemeinde Mauterndorf (Salzburg) eine  
Ehrenbürgerschaft für Hermann Göring bestehe. Bemerkenswert an  
diesen Meldungen war der Zusatz, daß die zuständigen  
Gemeindeorgane diese Ehrenbürgerschaft in vollem Bewußtsein der  
furchtbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Hermann  
Göring als Hauptverantwortlicher für den Einsatz ausländischer  
Arbeitskräfte und Mit-Organisator der Judenvernichtung begangen  
hat, aufrechterhalten wollen. Begründet wird - den  
Zeitungsberichten zufolge - diese Beibehaltung der  
Ehrenbürgerschaft Görings mit dessen Leistungen für die Gemeinde.  
Diese Werte-Abwägung des Lungauer Gemeinderates bedeutet eine  
gefährliche Verharmlosung der Person und der Verbrechen Görings  
und der NS-Herrschaft überhaupt und stellt eine Gefahr für die  
Bewußtseinsbildung insbesondere der Jugendlichen in der Region

Auswirkungen erhebt sich allerdings auch die Frage der Bewertung solcher Ehrenbürgerschaften durch das Ausland, da darin - leider nicht zu Unrecht - der Ausdruck einer grundsätzlichen Haltung zur österreichischen Vergangenheit in der Zeit des NS-Regimes gesehen wird.

2.

Am 3.3.1988 stellte der Gemeinderat der Grün-Alternativen Liste Leibnitz den Dringlichkeitsantrag auf Abhaltung einer Gemeinderatssitzung zu den Märzgedenktagen mit dem Tagesordnungspunkt "Aberkennung der Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler". Diese Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler besteht in Leibnitz seit 1933. Während andere Gemeinden - z.B. Graz - ähnliche Ehrenbürgerschaften mit Beschluß aufhoben, wurde der Antrag des grün-alternativen Gemeinderats von Leibnitz abgelehnt.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

#### A n f r a g e :

Welche außenpolitischen Auswirkungen hat die Aufrechterhaltung von Ehrenbürgerschaften für Kriegsverbrecher des NS-Regimes ?